



| Beratung | Datum | Behandlung | Ziel |
|-----------------|------------|------------|-----------|
| Sozialausschuss | 05.12.2019 | öffentlich | Beschluss |

Betreff:
Projekt Übergangswohnen für Flüchtlinge - Zwischenbericht 2019

Sachverhalt (kurz):

Seit 2017 mietet das Sozialamt in Kooperation mit dem Liegenschaftsamt Wohnungen an, um diese an so genannte „Fehlbeleger-Haushalte“ in städtischen Gemeinschaftsunterkünften unterzuvermieten. Die Grundidee und die Entwicklung dieses Projekts werden dargestellt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

| | | | |
|----------------------------|-----------|------------------------------------|--|
| <u>Gesamtkosten</u> | 110.000 € | <u>Folgekosten</u> | € pro Jahr |
| davon investiv | € | <input type="checkbox"/> dauerhaft | <input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum |
| davon konsumtiv | 110.000 € | davon Sachkosten | € pro Jahr |
| | | davon Personalkosten | € pro Jahr |

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
- Ja
- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von _____ Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Projekt Übergangswohnen stellt Hilfen für eine besonders benachteiligte Gruppe zur Verfügung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
-
-
-

Beschlussvorschlag:

Die Fortsetzung des Projekts "Übergangswohnen für Flüchtlinge" wird wie in der Vorlage dargelegt vom Sozialausschuss beschlossen.